

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH

NR.55

3.11.1974

NEUE
ADRESSE

6 Frankfurt 1
Hamburger Allee 45
Tel: 0611/704352

INLAND

freiburg	knastgruppe kontra gefängnisdirektor	-1-
bremen	hungerstreik	-1-
frankfurt	jugendpolitisches forum	-1-
berlin	jz "putte" - gibt's die noch?	-1-
hamburg	bulli kriegt ein neues kostüm	-1-
kassel	zwei aus dem kollektiv "widerstand gegen militär"	-2-
	verhaftet	
frankfurt	solidaritätsstreik der städtischen lehrlinge gegen dro-	-2-
	hende entlassungen	
frankfurt	exil - jugendhaus in bockenheim	-3-
berlin	plattform der initiative volksentscheid für polikliniken	-3-
bonn	"festlichkeiten" des schah - régimes	-4-

Verantwortlich
W.Spruck, FfM 60

Redaktionsschluß
Freitag 20.00 Uhr

Kontaktzentren:
2Hamburg 13
Buchladen Manifest
Schlüterstr.79
Tel.44 40 03

AUSLAND

rom	brand im büro der lotta continua	-5-
eindhoven	streik der spanier bei phillips	-5-
antwerpen	heftige auseinandersetzungen beim docker-prozeß	-5-
spanien	repression gegen linke	-6-
spanien	gründung einer sozialdemokratischen partei	-6-
rom	russel-tribunal gegen die unterdrückung in südamerika	-6-
argentinien	"feme" in argentinien	-6-
brasilien	"schwadron des todes"	-6-
chile	finanzhilfe für die junta	-7-
belgien	fabrikbesetzung in der keramikmanufaktur	-7-
dhofar	offensive gegen das freie dhofar	-8-

463 Bochum-Querenberg
ESG
Lennershofstr.66/VIII
T.701465

5 Köln
Pol.Buchladen.
Zulpicherstr.197
T.44 61 71

74 Tübingen
Aktion Pol.Buchladen
Nauklerstr.20

8 München
Basis Buchhandlung
Adalbertstr.41b
T.280 95 22

ERKLÄRUNGEN

erklärung 1	komitee gegen folter zur besetzung der zentrale von	
	amnestie international	-9-
erklärung 2	frankfurter jugendring zur des besetzten jugendhauses	-9-

Schweiz
Eco Libro
8004 Zürich
Engelstr.62
T.01 39 12 67

DOKUMENTATION

dokument 1	bullen "ei" in der "93"	-9-
dokument 2	"die aufrechterhaltung der öffentl.sicherheit u. ordnung	-10-
dokument 3	interview mit einem soldaten der fr.armee in tübingen	-11-
dokument 4	die wacht am rhein	-12-
dokument 5	verfolgte soziologen in ungar	-14-

MONATSABO DM6,-
(gegen vorkasse)

FREIBURG (ID)

KNASTGRUPPE KONTRA GEFÄNGNISDIREKTOR

29. oktober am samstag, den 26. oktober, errichtete die knastinitiative freiburg im stadtteil weingarten einen informationsstand zum verlauf des strafvollzug-alltags in der strafanstalt freiburg heute und der vza schwäbisch hall unter leitung des freiburger knastchefs haas. (siehe ID nr. 49). bereits eine halbe stunde später erschien eine gruppe von zivilen und uniformierten zwei- und vierbeinigen rechtsschützern und beschlagnahmte die aufgehängte wandzeitung ohne angabe von gründen. am darauffolgenden montag war von der staatsanwaltschaft folgende darstellung und begründung für diese aktion zu hören: direktor haas sei von einem zivilen über den stand benachrichtigt worden. dieser habe sofort anzeige wegen verleumdung und übler nachrede erhoben. darauf wurde sofort vom freiburger oberstaatsanwalt die beschlagnahme verfügt. der stein des anstoßes: ein artikel aus der heilbronner stimme, der auf der wandzeitung zitiert wurde. danach wurde während haas' amtszeit in schwäbisch hall ein gefangener von beamten mit den füßen blutig getreten.

wir werden uns von haas und kumpanen nicht einschüchtern lassen, sondern ihm weiter auf den pelz rücken. dazu benötigen wir weitere informationen über seine vergangenheit. schreibt uns! freiburger knastinitiative c/o sozialistischer bund 78 freiburg, postfach - schreibt haas c/o vza, herrmann herder str. 8 oder vogesenstr. 17, in der er offenbar gar nicht wohnt!

BREMEN (ID)

HUNGERSTREIK !

25. oktober seit dem 21. 10. 74 befindet sich wolfgang quante im gefängnis von bremen oslebshausen im hungerstreik. er solidarisiert sich mit dem hungerstreik der politischen gefangenen gegen sonderbehandlung und vernichtungshaft.

FRANKFURT (ID)

JUGENDPOLITISCHES FORUM IN FRANKFURT

1. november nach der streichung des 5. jugendhilfetages (siehe ID nr. 21, 25, 40) durch die bundesregierung und arbeitsgemeinschaft für jugendhilfe (agj) findet nun vom 6. bis 8. dezember in der fachhochschule für sozialarbeit in frankfurt ein jugendpolitisches forum statt. es soll jugendlichen, sozialarbeitern, erziehern und lehrern in ausbildung und beruf die möglichkeit bieten, schwierigkeiten und unklarheiten innerhalb dieser bewegung offen zu diskutieren, entwicklungstendenzen der herrschenden jugendpolitik (z.b. jugendgesetze) besser einzuschätzen, erfahrungen auszutauschen, spaltungen zu überwinden, die solidari-tät zu stärken und widerstands- und handlungsperspektiven zu entwickeln.

näheres: initiative jugendpolitisches forum - koordinationsbüro -

6 frankfurt 90, hamburgerallee 49, tel. 0611/779010

BERLIN (ID)

JZ "PUTTE" - GIBT'S DIE NOCH ? (s. ID nr. 19, 23, 30, 37)

21. oktober

(basisbericht)

aber klar, wir haben uns die vom bezirksamt angebotenen "ersatzräume" genommen und die jusos, die sich dort eingenistet hatten, rausgeschmissen, damit die arbeit mit den kindern und jugendlichen weitergehen kann.

der schülerladen läuft in der woche von 13.00 - 17.00 uhr, besucht wird er von deutschen und türkischen schülern.

der abenteuerspielplatz ist zwar seit einem halben jahr vom bezirksamt für unsere arbeit versprochen, doch noch nicht an uns übergeben. der jugendladen wird diese woche aufgemacht. wir hatten ihn vorübergehend geschlossen, da wir ihn renovieren mußten. zum anderen haben wir unsere arbeit im jugendladen noch einmal durchgesprochen.

folgende gruppen haben wir gebildet:

- frauengruppe: macht rollenspiele und diskutiert die probleme der einzelnen, die sich durch die arbeit in der putte, am arbeitsplatz, in den beziehungen zu typen und untereinander ergeben.
- knastgruppe: spontan entstanden, jedoch wollen wir langfristig arbeiten, wir entwickeln deshalb z. z. mit den gefangenen gemeinsam die grundlage dafür.
- foto-tontechnikgruppe: geplant
- musikkollektiv: wir haben zum hungerstreik 2 lieder getextet und komponiert. davon machen wir eine single, der erlös geht an arbeitende knastgruppen.

der kinderladen kann zur zeit nicht laufen, da wir zu wenig räume haben. die vom bezirksamt zur verfügung gestellten räume sind eben keine alternative, sondern blanker hohn. im winter sind die räume für den schülerladen viel zu klein, da jetzt schon zeitweise an die 30 kinder kommen und im winter mit 50 zu rechnen ist. dann sind die räumlichkeiten arschkalt. die arbeit im jugendladen wird behindert, da wir dauernd anzeigen wegen lärmbelästigung am halse haben von den mietern; die schallisolierung ist vom bezirksamt noch nicht eingebaut.

außerdem wird unsere arbeit dadurch behindert, dass uns nicht das geld bewilligt wird, was wir brauchen. daher überlegen wir uns jetzt, was wir dagegen machen können. (aus info BUG nr. 29/1974)

HAMBURG (ID)

BULLI KRIEGT EIN NEUES KOSTÜM

15. oktober

die innenministerkonferenz hat mitte september beschlossen, den polizisten eine neue "kombination" anzupassen, modell heinz oestergard (o. ist ein modeschöpfer aus münchen). "mütze und uniform-rock sind moosgrün. das hemd hat gelblich-grüne färbung und die hose ist bräunlich-beige." (aus "morgenpost")

interessant an der angelegenheit ist, daß die polizei aller bundesländer und der bundesgrenzschutz eine einheitliche uniformierung bekommen sollen. (aus rebell, nr. 2/okt. 74)

KASSEL (ID)

ZWEI AUS DEM KOLLEKTIV "WIDERSTAND GEGEN
MILITÄR" VERHAFTET

25. oktober am 22. oktober 1974 um 10 uhr wurde der italiener dalmazio bertulesi in seiner heimatstadt bergamo, italien, verhaftet. er ist einer der 12 widerständler der ersten internationalen bewegung kollektiven widerstandes gegen das militär (siehe ID nr. 52), die am 1. oktober 1974 auf einer pressekonferenz in paris (siehe le monde v. 3.10.74) vorgestellt wurde. bertulesi ist der zweite aus dieser gruppe, der jetzt in haft ist. der erste war der schweizer ulrich wildberger, der zur zeit seine gefängnisstrafe in winterthur in der schweiz absitzt.

bertulesi, ein metallarbeiter, ist katholik und inspiriert von sozialistischen ideen. er sieht die armee als ein instrument der unterdrückung und verweigert jeglichen militärischen zwangsdienst, hauptsächlich aufgrund seines religiösen glaubens. er verweigert alle formen des zivildienstes, da er keinen unterschied sieht zwischen zivildienst und militärdienst - beides sind zwangsdienste der regierung.

er betrachtet die gegenwärtige italienische gesetzgebung für kriegsdienstverweigerer nicht als ein verfahren zur anerkennung, sondern zur bestrafung der kriegsdienstverweigerer.

er war in der ex- zama-fabrik von comasco beschäftigt, die zu einer holländischen gruppe gehört, und hat dort in der gewerkschaft gearbeitet. er will diese arbeit fortsetzen, denn er meint, daß er dort eine nützliche funktion in der gesellschaft wahrnimmt.

das internationale kollektiv der widerständler weist nochmals darauf hin, daß die widerständler dieser gruppe, zusammen mit einigen deutschen, sowie vertretern aus anderen ländern dem europa-rat am 17. oktober 1974 während seiner sitzung in straßburg ihre militärpapiere zurückgaben. auf einer pressekonferenz verbrannten sie ihre einberufungsbefehle.

weitere informationen sind erhältlich von: international collective of resistance, 35 van elewyckstraat, 1050 brüssel, belgien, tel. 02-648 6524 und helga + wolfgang weber-zucht 3500 kassel-bettenhausen, steinbruchweg 14 - teil. 53952

FRANKFURT (ID)

SOLIDARITÄTSSTREIK DER STÄDTISCHEN LEHRLINGE
GEGEN ANDROHUNG DER ENTLASSUNG

2. november die stadt frankfurt will in ihrer funktion als arbeitgeber bestimmen, was ihre beschäftigten in der frei zeit tun und lassen können. weil sie an der besetzung des hauses in der varren-trappstraße teilgenommen haben (siehe ID nr. 54), sollen 6 arbeiter der stadt entlassen werden. diese drohung sprach arndt bei einer pressekonferenz 3 tage nach der räumung aus. der städtische apparat wurde gleich in bewegung gesetzt; alle 6 wurden von einem amtsjuristen vernommen und die kündigung für ende der woche angesagt. für den arbeiter rudi weser, mitglied des personalrats bei der feuerwehr, wurde die kündigung bereits beantragt. die rausschüsse konnten nicht ohne gegenwehr hingenommen werden.

die jugendvertretung der law (lehrlingsausbildungswerkstätten) rief für mittwoch, den 30. 10., eine jugendversammlung ein, in der das vorgehen gegen die kündigungen besprochen werden sollte. schon bei den einladungsbriefen, die von der jugendvertretung an die lehrlinge verschickt wurden, begann die stadt schwierigkeiten zu machen. die briefe der jugendvertretung müssen in besonderen kuverts abgeschickt werden; diese waren nicht aufzutreiben, also wurden "unvorschriftsmäßige" benutzt. am freitag waren die benachrichtigungen zur poststelle gebracht worden. erst am dienstag gab die poststelle der jugendvertretung bescheid, daß noch briefe in falschen kuverts herumlagen. so erfuhren mindestens 40 nichts von der versammlung.

am mittwoch früh auf der versammlung waren 90 von 140 lehrlingen der law anwesend. zunächst wurde erzählt, was bei der besetzung bei dem polizeiüberfall und bei den verhaftungen vorgefallen war. dann kams zum thema: die kündigungen. die diskussion ergab, daß nur mit einem mittel geantwortet werden konnte - mit streik. besprochen wurde dieser entschluß nicht sehr intensiv, was anderes als zu streiken blieb eben nicht übrig. ein teil der lehrlinge hat auch schon erfahrung mit aktionen im betrieb, denn als ein kollege "weil er zu dick sei" gekündigt wurde, wurde mit einem spontanen marsch zum personaldezernenten jäckel - das ist der personalchef bei der stadt - der rausschmiß rückgängig gemacht. (siehe ID 32)

jetzt war die situation weitaus schwieriger. die lehrlinge arbeiten in verschiedenen städtischen betrieben, die über die ganze stadt verteilt liegen, so daß die verbindung untereinander nicht ständig besteht. bei der letzten aktion gegen die kündigung des "dicken" konnte alles aus einer abteilung heraus organisiert werden. 40 lehrlinge sind im ersten lehrjahr und sogar noch in der probezeit. sie freuten sich zwar über die neue situation, bei der endlich mal was los war, brachten aber wenig erfahrung mit. die gefahr, daß 40 fliegen könnten, weil sie noch in der probezeit stecken, schien nicht allzu groß. fliegen würden sicherlich die aktiven und die sind im 2. und 3. lehrjahr. 20 lehrlinge aus dem 3. lehrjahr, die in der prüfungsvorbereitung sind, bekamen in der versammlung für den streik "frei", damit ihnen keine nachteile für die prüfung entstehen. das hat sich als nicht sehr günstig für den streik herausgestellt, 20 weitere fehlten nun beim streik. (im grunde genommen wird in dieser zeit ja doch nicht mehr gemacht als vorher !) bei der abstimmung wurde der streik mit 10 gegenstimmen beschlossen. ein streikrat wurde gewählt. die nächste jugendversammlung wurde für den folgenden tag, donnerstag 9.00 uhr, festgesetzt. ein meister wies darauf hin, daß streik nur nach einer urabstimmung sein könnte - von da ab wurde zum streik "spontane arbeitsniederlegung" gesagt.

als sich die meisten schon in die kneipen oder nach hause verzogen hatten, kam die große überraschung. personaldezernent jäckel hatte von dem streik gehört und konnte es nicht fassen. er stürzte in den saal und war schon am schreiben "das geht nicht, sowas geht doch nicht!", ohne mit den lehrlingen überhaupt gesprochen zu haben (es waren nur noch 20 da). er steigerte sich bis zu der behauptung, die ganze law würde entlassen. dann kam sein erster taktischer schritt: da er hausrecht hat, konnte er ohne weiteres die jugendversammlung in eine personalversammlung umwandeln, und zu einer personalversammlung haben die meister und die chefs von der stadt auch zutritt.

am mittwoch nachmittag erkundigten sich die lehrlinge in den verschiedenen städtischen betrießen, bei personalräten und gewerkschaften nach unterstützung. nirgends ein positives echo. der personalrat der feuerwehr, in dem rudi weser sitzt, war zu nicht mehr bereit, als gerichtliche schritte gegen die kündigungen einzuleiten. diese gerichtlichen schritte sind gesetzlich so gut wie vorgeschrieben. ein solidaritätsstreik war nicht drin. im personalrat sitzt rudi weser als vertreter der arbeiter bei der feuerwehr (das sind aber nur 10 %, die anderen sind angestellte und beamtete). von der ötv war weit und breit nichts zu sehen, nach ihrer auffassung war der streik sowieso ungesetzlich.

am donnerstag früh wurden flugblätter mit der großen überschrift "streik" vor den städtischen betrießen verteilt. die forderungen waren: keine entlassung der betroffenen - rücknahme des antrages auf kündigung von rudi weser - keine politischen entlassungen - rücknahme der anzeigen gegen alle hausbesetzer - voller lohn für die streiktage.

am donnerstag war in der jugendversammlung der schwung vom vortag weg. jäckel gelang es zu spalten und abzuwiegeln, dem konnte nichts mehr entgegen gesetzt werden. die androhung weiterer entlassungen war wirksamer geworden als die appelle an solidarität. jäckel fuhr mit beachtlicher rückendeckung auf: die gewerkschaft stehe hinter ihm, der gesamtpersonalrat stehe hinter ihm, die spd-fraktion stehe hinter ihm, usw. die lehrlinge waren isoliert. der streik wurde abgebrochen.

die entscheidung über die entlassung rudi wesers fällt am montag 4.11. in einer magistratssitzung. am montag wird es auch wieder eine jugendversammlung geben.

FRANKFURT (ID)

EXIL-JUGENDHAUS IN BOCKENHEIM (siehe ID 52/53/54)

31. oktober

die mitglieder der jib haben auf der leipziger straße (belebteste straße von bockenheim) eine aktion gestartet, um die bevölkerung auf die räumung aufmerksam zu machen. sie leiteten den verkehr um, mit selbstgemalten umleitungsschildern, stellten ein papp-jugendhaus auf die straße und verteilten flugblätter. nach 20 minuten erschien die polizei mit mannschaftswagen, nachdem die jugendlichen die straße verließen, verschwanden sie aber wieder. dies wiederholte sich und die polizei forderte zur räumung der straße auf

nach dem die jugendlichen die straße erneut belagerten, erschien die polizei erneut und forderte die jugendlichen und die passanten zur räumung auf. ein ziviler zerstörte das papphaus und ein junge und ein mädchen wurden festgenommen, weil sie verbal protestierten.

die spd-fraktion stellte sich mittlerweile hinter den magistrat und stimmte dem entschluss zu, alle bei der besetzung festgenommenen wegen hausfriedensbruch anzuklagen. zitate des spd-fraktionsvorsitzenden michel: "es habe sich um eine gezielte provokation in bezug auf den wahltermin gehandelt"..... "wenn sich die jib nicht klar von der hausbesetzung distanzieren wird es in der fraktion keine mehrheit dafür geben, daß ihr das künftige jugendzentrum in selbstverwaltung überlassen wird. mit druck, streik oder besetzung kann man mit uns keine politik machen, weder vor einem wahltag noch nach einem".

BERLIN (ID)

PLATTFORM DER INITIATIVE VOLKSSENTSCHEID FÜR POLIKLINIKEN

21. oktober

das recht der berliner bevölkerung auf volksentscheid soll abgeschafft werden. mit unserer initiative soll der volksentscheid verteidigt und genutzt werden. der artikel 3, abs. 1 der verfassung von berlin heißt: "die gesetzgebende gewalt steht allein der volksvertretung und durch den volksentscheid dem volke zu." in den artikeln 39, 45, 49 und 88 finden wir nähere ausführungen zum volksentscheid. der senat beabsichtigt, den artikel 3 zu ändern. in zukunft soll es heißen: "die gesetzgebende gewalt steht allein der volksvertretung zu." die anderen artikel werden entsprechend geändert oder gestrichen. damit wird deutlich, daß das minimale recht der bevölkerung über den volksentscheid auf gesetzgebung und verfassungsänderung einfluß zu nehmen, in zukunft wegfallen soll. und das in einer zeit, in der die bevölkerung damit beginnt, sich selbständig zu organisieren und nach mitteln und wegen sucht, ihre interessen durchzusetzen. es handelt sich um einen offenen angriff auf die demokratischen rechte und die interessen der bevölkerung unserer stadt. unsere initiative will das recht der bevölkerung auf volksentscheid verbinden mit der positiven forderung nach polikliniken, zu deren wiedereinrichtung eine gesetzänderung notwendig ist. damit wird das recht der bevölkerung, an gesetzänderungen mitzuwirken, beispielhaft verwirklicht. unsere forderung nach polikliniken stellen wir auf, weil sich die gesundheitliche lage der werktätigen von jahr zu jahr verschlechtert. zum ersten mal seit jahrhunderten sinkt die lebenserwartung, die zahl der frührentner ist heute nahezu gleich groß wie die der normalrentner. das durchschnittliche rentenalter ist auf unter 60 jahre herabgesunken. auch die ursachen der verschlechterten gesundheitlichen lage lassen sich nicht verbergen: nicht eine "unvernünftige lebensweise der bevölkerung" trägt dafür die schuld, sondern die ständig steigende arbeitshetze in den betrießen, fehlender arbeitsschutz, die zunehmende verseuchung von luft, wasser und erde, die schlechten wohnverhältnisse. und nicht zuletzt die einrichtung der gesundheitsversorgung, die gemessen am stand der medizinischen wissenschaft und der materiellen möglichkeiten auf einem system ärztlicher handwerksbetrieße basiert und die im bereich des krankenhauswesens und der staatlichen fürsorge durchgehend nach dem prinzip der sparsamkeit geführt werden.

die frei praktizierenden ärzte haben das recht auf die alleinige ambulante versorgung. dieses recht verbirgt sich hinter dem § 368 der reichsversicherungsordnung, der 1955 vom abgeordnetenhaus in die berliner gesetze übernommen wurde. hier heißt es:

"die kassenärztlichen vereinigungen und die kassenärztlichen bundesvereinigungen haben die nach § 182 den krankenkassen obliegende ärztliche versorgung sicherzustellen und den krankenkassen und ihren verbänden gegenüber die gewähr dafür zu übernehmen, daß die kassenärztliche versorgung den gesetzlichen und vertraglichen erfordernissen entspricht." 1970 wurde ihnen durch ein urteil des bundesverfassungsgerichts darüberhinaus völlige niederlassungsfreiheit garantiert. die folge: in arbeiterbezirken lassen sie sich nur noch nieder, wenn günstige darlehen und umsatzgarantien geboten werden, so z.b. jetzt in

moabit, wo einem kinderarzt 100.000, -- dm jahresumsatz garantiert wird. weiter wurde ihnen das monopol auf die vorsorgeuntersuchungen bei frauen ab 30 jahren und bei männern ab 45 jahren zugebilligt. jeder der einmal krank war, hat die katastrophalen zustände kennengelernt: die praxen der ärzte sind klein, technische und diagnostische hilfsmittel fehlen fast völlig. praxen und laboreinrichtungen werden nicht überprüft und erfüllen nicht die optimal notwendigen hygienischen forderungen. viele ärzte sind seit jahrzenten im beruf ohne sich weiterzubilden, ihr wissen entspricht in keiner weise den heutigen medizinischen anforderungen und möglichkeiten. die wartezimmer sind total überfüllt, für eine gründliche diagnose und behandlung ist keine zeit. nach durchschnittlich 1 1/2 stunden wartezeit bleiben gerade 5 - 7 minuten für die behandlung. geöffnet sind die praxen nur durchschnittlich 30 stunden von 168 stunden in der woche. nach praxisschluß, an wochenenden, an feiertagen und nachts ist es fast unmöglich einen arzt zu finden. in den krankenhäusern müssen akut kranke immer wieder abgewiesen werden, weil die krankenhäuser nicht ambulant behandeln dürfen. die notärzte die nachts durch berlin fahren sind völlig überlastet. oft wird dieser dienst auch von haut- oder zahnärzten versehen, die nicht die erforderlichen fachkenntnisse besitzen.

in den betrieben das gleiche katastrophale bild: in vielen betrieben überhaupt keine ärztliche versorgung, in anderen betrieben gibt es zwar ärzte, von versorgen können die kollegen aber nicht sprechen. die ärzte, die dort kurz in den betrieben sind, wie z.b. bei flohr-otis ein kinderarzt für zwei stunden in der woche oder bei borsig ein hautarzt für zwei stunden in der woche haben nur eine funktion: dafür zu sorgen, daß die kollegen so schnell wie möglich wieder an den arbeitsplätzen stehen. weil diese zustände auf die dauer nicht verborgen geblieben sind, kämpfen zahlreiche bürgerinitiativen, kampfkomitees, die kpd, fortschrittliche ärzte und andere für die einrichtung von staatlichen polikliniken. auch das programm der ötv, spd, fdp, jungsozialisten und jungdemokraten enthält diese forderung seit jahren. die rechnerischen, organisatorischen und medizinischen vorzüge der von uns geforderten polikliniken sind offensichtlich: - alle diagnostischen hilfsmittel für eine rasche und richtige diagnose sind an einem ort zusammengefaßt. - ärzte verschiedener fachrichtungen sind in den polikliniken vertreten. im gegensatz zur privaten praxis wird ihre arbeit für die bevölkerung einsehbar. im bezug auf ihr wissen, ihre weiterbildung und ihre behandlungsmethoden werden sie kontrolliert und angeleitet. - die einrichtungen für die ambulante und stationäre behandlung können eng zusammenarbeiten, die polikliniken sind krankenhäusern angeschlossen. - krankengeschichten, diagnostische und therapeutische daten können besser zusammengefaßt werden, dadurch kann die medizinische versorgung verbessert werden. - die behandlung der patienten kann verbessert werden, weil die ärzte angestellte sind und nicht mehr nach krankenscheinen jagen können. - junge ärzte können an den polikliniken ausgebildet werden. - die polikliniken sind 24 stunden am tag geöffnet und besetzt, die ärzte machen auch hausbesuche.

vielen berlinern sind diese vorteile der polikliniken noch aus den jahren 1949 - 55 bekannt. die damals bestehenden polikliniken erfreuten sich besonders bei den werktätigen großer beliebtheit. zehntausende (1951 allein in neukölln 59 000) ließen sich jährlich dort behandeln. trotzdem ließ der senat unter der hand 1953 38 polikliniken schließen. 1955 übernahm berlin den § 368 der rvo in sein gesetz - er gab die rechtsgrundlage für die schließung der restlichen polikliniken ab. heute gibt es nur noch die universitätspolikliniken zu lehr- und forschungszwecken, in sie muß man in der regel von einem niedergelassenen arzt überwiesen werden.

auf die zahlreichen forderungen nach staatlichen polikliniken hat es bisher keine reaktion des senats gegeben. wir schlagen deshalb jetzt die durchführung eines volksentscheids vor, um die gesetzliche grundlage für die einrichtung von polikliniken zu erkämpfen. ein solcher volksentscheid ist gerade jetzt besonders wichtig, denn dieses einzige direkt demokratische recht der bevölkerung will der senat beseitigen. im juni dieses jahres hat er den antrag auf verfassungsänderung ins abgeordnetenhaus eingebracht. so soll der volksentscheid für gesetzgebung und verfassungsänderung abgeschafft werden.

wir fordern alle organisationen, parteien, bürgerinitiativen, komitees, gewerkschaften, fortschrittliche ärzte sowie alle einzelpersonen auf, diesen volksentscheid mit den ihnen gegebenen mitteln zu unterstützen. wir fordern das bestehenbleiben des art. 3 der verfassung von berlin. verbunden damit fordern wir die schaffung der gesetzlichen grundlage für die einrichtung von staatlichen polikliniken, sowie ihre einrichtung!

kontakt: bethanien komitee/1 berlin 36, oranienstr. 162, (max und moritz)
(aus info bug 29/74)

zusatz: der verfassungsausschuß des berliner senats hat am freitag vergangener woche der anfrage nach volksentscheid stattgegeben. die fdp und einige bürgerinitiativen versuchten - entgegen der geschäftsordnung - im verfassungsausschuß rederecht zu erhalten, um sich gegen den volksentscheid auszusprechen.

BONN (ID)

"FESTLICHKEITEN" DES SCHAH - REGIMES

26. oktober

in bonn und köln (12. - 19. nov. 74), in münchen (27. nov. - 2. dez. 74) und in hamburg (7. - 14. jan. 75) werden das iranische militär, die iranische ölgesellschaft, funk und fernsehen und verschiedene ministerien eine "iran-woche" veranstalten. dazu sind erstklassige hotels, restaurants und nightclubs engagiert, die während dieser zeit die ehrengäste mit iranischen spezialitäten zu bewirten. hunderte von köchen, kellnern, stängern, tänzern usw. werden vom iran eingeflogen, um den "feierlichkeiten eine echt persische atmosphäre zu verleihen". als höhepunkt dieser feierlichkeiten finden gala-abende in bonn (12. nov.), münchen (27. nov.) und hamburg (7. jan. 75) statt, an denen über 1500 "persönlichkeiten aus industrie, politik und aus dem kulturleben" teilnehmen werden.

die förderer iranischer studenten in der brd und in west-berlin - mitglied der cisnu - sieht es als ihre aufgabe an, diesem spektakel entgegenzuwirken und es zu entlarven.

AUSLAND

ROM (ID)

BRAND IM BÜRO DER LOTTA CONTINUA

23. oktober spät in der nacht vom montag auf diensttag vergangener woche ist im zeitungsbüro der lotta continua in der via dandolo 10 in rom feuer ausgebrochen, das das dach, das haupttor und einige fenster zerstörte. die feuerwehr hat schlimmeres verhütet. die materialschäden waren gering, doch um die arbeit war es schlecht bestellt, da telex und telefon ausgefallen waren. in gefahr befanden sich der junge pförtnergenosse, der sich, von flammen umzingelt, in einem raum befand; auch die angrenzenden häuser waren bedroht. technisches versagen als brandursache ist auszuschließen. lotta continua hat der anzeige drohbriefe beigelegt, die in den briefkasten geworfen worden waren. der absender: ordine nero (faschisten). (aus lotta continua nr. 245/74)

über die situation in italien berichten wir ausführlich im nächsten ID.

EINDHOVEN (ID)

STREIK DER SPANIER BEI PHILIPS

31. oktober am 10. oktober sind 200 spanische arbeiter bei einem von den drei werken von philips in eindhoven in streik getreten. (in dem werk arbeiten 450 spanier.)

ihre forderungen waren:

- schluß mit der diskriminierung durch lohngruppen (fast alle spanier werden nach lohngruppe 15 bezahlt, während der rest der arbeiter nach lohngruppe 20 bezahlt wird; für die gleiche arbeit)!
- schluß mit der erniedrigenden behandlung und der willkür der chefs und meister!
- die wohnheime zu menschenwürdigen unterkünften zu machen, bezüglich essen, hygiene, sanitären einrichtungen, usw.
- ärztliche betreuung, dolmetscher usw.
- keine repressionen.....!

philips war zuerst nicht mal bereit, den arbeitern zuzuhören. am 5. streiktag (16. oktober) kamen dann die verhandlungen zustande, und die spanier haben am nächsten tag die arbeit wieder aufgenommen.

sie haben die konkrete zusage erhalten, daß gegen die streikenden keine repressionen ausgeübt werden. (im letzten jahr sind nach einem streik alle teilnehmer nach spanien abgeschoben worden.) in bezug auf die anderen forderungen gab es von der betriebsleitung noch ein paar unkonkrete versprechungen.

da der streik diesmal eine größere öffentlichkeit erreicht hatte, kann philips die forderungen nicht mehr ohne weiteres übergehen.

ANTWERPEN (APLB/ID)

HEFTIGE AUSEINANDERSETZUNGEN BEIM DOCKER-PROZESS

24. oktober am 22. oktober wurde in antwerpen der prozeß gegen 20 genossen eröffnet, die wegen aktionen anläßlich des letzten docker-streiks vom mai 73 angeklagt wurden. ihnen wurde vorgeworfen, einen wagen der bsr (brigade spéciale de recherche, so eine art mobiler einsatzkommandos in zivil) schwer beschädigt zu haben und die beiden inspektoren bedroht zu haben. von den 20 angeklagten sind 14 mitglieder der amada (alle machten an de arbeiders, einer linksradikalen, maoistischen gruppe), 4 mitglieder anderer revolutionärer organisationen, darunter die ral (revolutionäre arbeiterliga, sektion der 4. internationalen) und 2 militante docker. sie wurden mit gefängnis und 400.000 bf (ca. 30.000,- dm) bedroht.

vor dem gerichtssaal versammelten sich 300 - 500 anhänger, die den freispruch aller angeklagten und einlass in die verhandlungen forderten. das gerichtsgelände war jedoch schon früh von polizeikräften in voller kampfausrüstung umstellt, sie kontrollierten sehr streng die zuhörer um eventuellen aktivisten den zugang zu verwehren.

in die verhandlung, die unter einschränkung der öffentlichkeit eröffnet wurde, zogen die angeklagten mit erhobenen fäusten und der "internationale" ein. der vorsitzende richter betonte, daß die öffentlichkeit hergestellt wäre, insoweit es notwendig wäre, die unparteilichkeit der richter aufzuzeigen und um auf der anderen seite die nötige ernsthaftigkeit und ruhe für die verhandlung zu garantieren. die verteidigung machte darauf aufmerksam, daß die 30 "öffentlichkeitsvertreter" ausgewählt und nur nach identitätskontrolle eingelassen worden wären. unter den nicht zurück gewiesenen "neugierigen" seien mitglieder der bsr. alle ausgeschlossenen docker sollten zugang erhalten, denn es sei das recht eines jeden bürger, den debatten folgen zu dürfen.

draußen erklärten die sympatisanten der angeklagten die versammlung zu einem treffen, in dem in mehreren ansprachen solidaritätsadressen von belegschaften der großen betriebe bekanntgegeben und die forderung nach freispruch bekräftigt wurden. ein wichtiger teil der anklage war ein film, der gerade die gewalttätigkeit der polizei mehr demonstrierte, als die der angeklagten. die reden wurden unterbrochen durch die internationale und rufe nach einlaß ins gerichtsgelände.

gegen 11.30 uhr formierten sich die draußen stehenden und zogen in einer spontanen demonstration in richtung stadtzentrum, um in einem café zu mittag zu essen. die polizei forderte auf, die demonstration aufzulösen. da der aufruf nicht befolgt wurde, schritt sie brutal ein und provozierte dadurch ernsthafte auseinandersetzungen. ein wagen der bsr wurde schwer beschädigt, mehrere polizisten und demonstranten wurden verletzt und ein hoher polizeioffizier mußte ins krankenhaus eingeliefert werden.

nach der konfrontation setzten die demonstranten ihren vorgesehenen weg fort und gingen in das café. gegen 12.30 uhr umstellte die polizei das café und schloß die besucher darin über eine stunde lang ein. ein pressefotograf, der in ausübung seines berufes eingelassen werden wollte, wurde geschlagen und zurückgestoßen. die polizei forderte die 300 besucher auf, einzeln herauszukommen und sich auszuweisen. die schon der polizei bekannten aktivisten von amada verließen als erste in extremer langsamkeit das lokal. danach machte der ordnerdienst einen ausbruchsversuch und verwickelte die polizei in eine harte

schlägerei. während dieser zeit gelang es der mehrheit der besucher zu entkommen. ein demonstrant wurde in die frontscheibe des cafés geworfen, die zu bruch ging.

nach dem ausbruch kam es noch zu kleineren straßenschlachten mit der polizei, bei der auch eine barrikade errichtet wurde. in diesem moment trafen wasserwerfer sowie berittene polizei als verstärkung ein, die das ganze stadtzentrum abriegelten. die polizisten drangen in mehrere cafés ein und verhafteten mehrere personen.

am 29. 10. befanden sich noch 8 demonstranten in u-haft.

SPANIEN (le monde/IPS/ID)
18. oktober

REPRESSION GEGEN LINKE

in den letzten wochen wurden die unterdrückungsmaßnahmen gegen die extreme linke verstärkt, und namentlich in madrid und barcelona wurden zahlreiche verhaftungen vorgenommen; betroffen waren vor allem mitglieder der revolutionären antifaschistischen und patriotischen front (frap), der bewegung der revolutionären linken (mir) und der organisation für den bewaffneten kampf in katalonien (olla). die aufseherregendste aktion war die verhaftung von zehn mitgliedern der revolutionären baskenbewegung (eta) und der revolutionären kommunistischen liga (lcr), die, wie die polizei behauptet, die absicht hatten, das gefängnis von segovia zu stürmen und dort festgehaltene basken zu befreien.

SPANIEN (the times/IPS/ID)
18. oktober

GRÜNDUNG EINER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI

eine gruppe intellektueller gab in madrid die gründung einer sozialdemokratischen partei bekannt. zu den gründern gehören manuel diez-alegria, rechtsanwalt, und der schriftsteller dionisio ridruejo, der den text der falangistischen hymne geschrieben hat, aber vor mehr als einem jahrzehnt ins liberale lager übergegangen ist, der bekannte ökonome antonio garcia-lopez, und andere.

die partei, die sich spanische sozialdemokratische union (usde) nennt, entspricht laut ihrem programm "den anderen sozialdemokratischen parteien europas". es ist das erste mal, daß in spanien eine partei öffentlich in erscheinung tritt. das programm der partei beinhaltet die völlige trennung von kirche und staat, freie gewerkschaften, wahlrecht für alle spanier ab dem 18. lebensjahr, gleichheit der geschlechter vor dem gesetz, freie erziehung und andere demokratische reformen. die partei rechnet mit einer liberalen gruppe innerhalb der armee, einschließlich "einer sehr entscheidenden minderheit", die keine schritte gegen die etablierung demokratischer verhältnisse unternehmen wird. namen der militärs wurden keine genannt, "weil wir nicht wollen, daß diese gruppe zerschlagen wird".

die partei steht spaniern aller richtungen offen, außer faschisten und kommunisten; jedoch wurde darauf verwiesen, daß die partei indirekt mit den kommunisten verbindung hat.

ROM (l' espresso/IPS/ID)
20. oktober

RUSSELL-TRIBUNAL GEGEN DIE UNTERDRÜCKUNG IN LATEINAMERIKA

die zweite session des russell-tribunals gegen die unterdrückung in brasilien, chile und anderen lateinamerikanischen ländern wird vom 11. bis 18. januar 1975 in brüssel abgehalten werden. "diese sitzung", erklärten die einberufer, "wird die internen und internationalen ursachen der etablierung autoritärer und repressiver regime auf dem ganzen lateinamerikanischen kontinent untersuchen. dabei wird die ausplünderung der rohstoffe (von kupfer bis zum erdöl) in betracht gezogen werden, die politik des völkermordes gegen die indios, die kapitalistische spekulation im amazonas, die bauernfrage in bolivien und das problem der "bananen"-republiken. außerdem werden auch der charakter der abhängigkeit der ganzen lateinamerikanischen industrie, die internationalen finanz-mechanismen, die militärischen interventionen unter dem vorwand der "kooperation" (cia und das geheime einverständnis der südamerikanischen politischen polizeiorganisationen), die rolle der multinationalen, die manipulation der öffentlichen meinung und schließlich der zusammenhang zwischen der kapitalistischen ausbeutung der arbeiter in lateinamerika und ihre auswirkungen auf den arbeiterkampf in den industrialisierten ländern studiert werden "

ARGENTINIEN (ID/IPS)

"FEME" IN ARGENTINIEN

23. oktober

in argentinien geht die eskalation der gewalt weiter. die regierung maria-estela perons erweist sich als außerstande, den terroranschlägen und politischen morden einhalt zu gebieten. in den letzten drei monaten haben sich die blutigen abrechnungen zwischen den rivalisierenden peronistengruppen vervielfacht. gegen die revolutionären kommandos der linken und extremen linken hat sich eine neue rechtsextremistische organisation gebildet, genannt "antikommunistische allianz argentinien" (aaa), die sich der gleichen methoden bedient wie das brasilianische todeskadron und die feme der weimarer republik. die aaa erfreut sich offener sympathien in den reihen der polizei und selbst der regierung. viele in- und ausländischen personenlichkeiten haben bereits auf der flucht vor dem "weißen terror" argentinien verlassen. auch journalisten stehen auf der abschußliste der rechtsextremistischen killer.

BRASILIEN (SL/ID)
15. oktober

"SCHWADRON DES TODES"

die von der brasilianischen regierung angekündigten untersuchungen über das "schwadron des todes" verlaufen in den letzten wochen mehr und mehr im sande, während jene organisation mit ihren verbrechen in rio de janeiro und anderen städten fortführt.

unter dem druck des internationalen echos auf die verbrechen der organisation versprach die regierung, um ihr internationales prestige aufzubessern, umfangreiche untersuchungen und gerichtsverfahren gegen die verantwortlichen des "schwadrons", auf dessen konto im lauf der letzten 10 jahre über 1.500 morde gehen. obwohl einige beamte und polizisten wegen ihrer teilnahme an diesen verbrechen vor gericht gestellt wurden, geht die arbeit der organisation weiter. die vermutung liegt nahe, daß diese tatsache

daher rührt, daß die regierung der organisation dank schuldet für die dienste, die sie ihr bei der verfolgung der revolutionären bewegung geleistet hat. das krasseste beispiel in dieser hinsicht war der freispruch von sergio paranhos fleury, chef des schwadrons und gleichzeitig delegierter der politischen polizei in sao paulo. fleury ist in der brasilianischen polizei wegen seiner personalakten in sachen verfolgung berüchtigt. unter den offiziellen stimmen, die fleury verteidigten, war der präsident der polizei-vereinigung brasiliens. seine verteidigungsschrift entkräftet das bild, das die regierung bemüht ist, aufzubauen, das schwadron als "verbrechensbekämpfer" darzustellen. das dokument hebt nämlich den "offenen kampf" fleurys "gegen die entwicklung des umsturzes" hervor und betont die wichtigkeit von fleurys arbeit, den "harten kern" der umstürzlerischen bewegung zu vernichten.

das schwadron des todes, 1964/65 gegründet, sitzt in sao paulo, preist die physischen selektion der bevölkerung als grundlage ihrer philosophie an. die ersten opfer waren die bewohner der "favelas", die sich um rio de janeiro, sao paulo und andere großstädte ziehen (slums). die "mission des todes" des schwadrons geht weiter, unterstützt durch die politische kollaboration, die der organisation einblick in archive und andere informationen zugänglich macht. dadurch erweitert sich der aktionsradius auf linke aktivisten, studenten, gewerkschaftler und andere mehr.

CHILE (ID)

FINANZHILFE FÜR DIE CHILENISCHE JUNTA

31. oktober im ersten vierteljahr 1974 hat die chilenische junta von den usa, den kapitalistischen ländern und den internationalen banken 740,662.000 dollar an unterstützung und krediten erhalten.

5. 1. 1974:	brasilien	4	millionen
14. 1. 1974:	usa	49	millionen
22. 1. 1974:	norwegen	6	millionen
23. 1. 1974:	finnland	11,5	millionen
23. 1. 1974:	brd	6	millionen
14. 2. 1974:	argentinien	35	millionen
14. 2. 1974:	brasilien	50	millionen
22. 2. 1974:	japan	55	millionen
20. 3. 1974:	frankreich, brasilien, finnland, belgien, brd	140	millionen
21. 3. 1974:	japan	0,367	millionen
14. 1. 1974:	internationaler währungsfonds	95	millionen
31. 1. 1974:	interamerikanische entwicklungshilfe	30	millionen
7. 2. 1974:	internationale bank für wiederaufbau und entwicklung	5,250	millionen
14. 2. 1974:	internationale bank für wiederaufbau und entwicklung	30	millionen
18. 2. 1974:	internationale bank für wiederaufbau und entwicklung	174	millionen
30. 3. 1974:	internationale bank für wiederaufbau und entwicklung	22	millionen
usw. usf.			

im vergleich dazu erhielten die früheren chilenischen regierungen in der gleichen zeit:

1968:	christlichdemokratische regierung	364	millionen
1969:	christlichdemokratische regierung	263	millionen
1970:	regierung der unidad popular	148	millionen
1971:	regierung der unidad popular	90	millionen
1972:	regierung der unidad popular	37	millionen
(aus "wiener tagebuch")			

BELGIEN (APL/ID)

IFABRIKBESETZUNG IN DER KERAMIKMANUFAKTUR

9. oktober seit dem 6. juni haben etwa 80 arbeiter eine keramikfabrik in bouffioulx in der nähe von charle roi besetzt. die geschäftsleitung versuchte durch falsche modernisierung und irreführender pressepolitik den bankrott zu verschleiern und hat sich auch gegen den vorschlag eines vermittlers ausgesprochen, die gewerkschaft einzuschalten. seit 4 jahren ist die fabrik in neuen händen, "doch konnte sie nicht aus der pleite gerettet werden" (die besitzer). bei der besetzung gingen die arbeiter ruhig vor, haben keine verbotenen räume betreten und sich von den pförtern durchsuchen lassen. zwei wochen später haben die arbeiter ein lied gedichtet, um ihren kampf (wie bei lip) bekannt zu machen; darin wird das recht auf arbeit betont, die solidarität mit lip und wieviel besser man "unter der selbst in die hand genommenen produktion" arbeiten kann. niemand wird unterdrückt, alle bestimmen mit. das lied erschien kurz darauf auf platte; auch gibt es eine italienische version, da viele der arbeiter aus italien kommen. dann haben die arbeiter ein gemeinsames kommunikue herausgegeben, in dem sie ihre schwierigkeiten und ihre künftige politik darlegten.

am 18. juli fand ein prozess der früheren besitzer der "neuen keramikfabrik" von bouffioulx gegen die arbeiter statt. das tribunal entschied: der konkurs wäre klar, doch gäbe es noch möglichkeiten, das unternehmen zu retten; durch private investoren und öffentliche hand.

die arbeiter haben seit dem 15. juni weiterproduziert und verkauft. die glasindustrie dagegen zeigte reges interesse an den steingutprodukten. ein werbefeldzug wurde gestartet und alles kaufte keramik. auch die genossen haben einen großen verkauf begonnen. es wurde eine faust mit der aufschrift "kämpft" auf ein medaillon eingebraunt, als symbol der solidarität verkauft. nun haben sich die arbeiter hingesetzt und versuchen die fabrik zu verwalten und entdeckten, daß sie bisher noch nie richtig verwaltet wurde. ende juli sollte entschieden werden, ob die fabrik geschlossen oder weiterverkauft werden soll. doch die arbeiter produzierten und verkauften weiter. im september trat das arbeitsgericht von charle roi wieder

zusammen um die gesamten forderungen der neuen gesellschaft zu prüfen. der gerichtspräsident wollte ein urteil vorlegen, gab jedoch kein datum bekannt. daraufhin wurde die besetzung aufgegeben.

seit dienstag, den 1. oktober, ist die fabrik von neuem besetzt. und dieses mal will man bis zum bitteren ende durchhalten. in der fabrik hören die arbeiter radio und spielen karten. aber die moral ist nicht sehr gut und das spürt man. am 7. oktober haben die arbeiter zusammen mit den kameraden der musikgruppe versucht in einer benachbarten fabrik ihre schallplatte zu verkaufen. der empfang ist schlecht gewesen. die arbeiter dort sagten: "ihr seid schlitzohren, ihr seid uns in den rücken gefallen!" man war weit von den tagen im august entfernt, in denen eine delegation enthusiastischer arbeiter die besetzte fabrik besuchten, in der die arbeiter entschlossen waren, "zu fabrizieren, zu verkaufen und sich selbst den lohn zu zahlen!"

zuerst gibt es hier eine ablehnung denen gegenüber, die uns verraten haben: z.b. gegen jean gol, dem staatssekretär für wallonische wirtschaft, der uns die tollsten dinge versprach: die wiedereröffnung der fabrik am 19. oktober, das geld, um die fabrik wieder flatt zu bekommen, unterschriebene versprechen in dreifacher ausführung, die bis heute nicht erfüllt wurden. 4 leute sind entlassen und die restlichen sind ausgesperrt. was die neue fabrik, einige km außerhalb von b. betrifft, ist das nichts anderes als ein schuppen für kaum 15 arbeitsplätze...

die arbeiter mit denen wir gesprochen haben sind sehr enttäuscht: sie halten ihre fabrik besetzt und erwarten eine lösung, die sie selbst kaum noch erhoffen. fast ein akt der verzweiflung. keine aktionen sind geplant, die ja doch zwecklos wären. man hat während der ersten besetzung einen höhepunkt erreicht und ist nun wieder ganz unten. es ist vorbei!

soll man wie im august die produktion wieder aufnehmen?

die ersten keramiken, die man produzieren und verkaufen würde, bedeuteten eine gesetzesübertretung und man müßte mit verhaftungen rechnen. wozu also? das hier ist nicht lip! wir sind gerade 17 leute, keine 15 00 ! übrigens, während des wilden verkaufs, haben wir das geld unter uns aufgeteilt. die versprochenen 150.000,- dm müssen wir uns noch vom gericht erkämpfen. die ftg-gewerkschaft will anscheinend zur zeit nichts für uns tun, denn die angelegenheit bringt für sie nur schwierigkeiten und schlechte, gefährliche politik. das einmischen von linken wurde schlecht aufgenommen, die ml-er von ucmlb haben uns viele vorschläge gemacht, die aber unrealisierbar waren. anstatt um die erhaltung der arbeitsplätze zu kämpfen sagten sie, man solle 100 % arbeitslosen gehälter fordern. heute glauben die arbeiter niemandem mehr und noch weniger an sich selbst.

was tun? demonstrieren? die arbeiter aus der region unterstützen uns nicht mehr. die glasbläser z.b., die mit uns am solidarischsten waren, sind größtenteils auch schon arbeitslos. zu einer demo kämen kaum arbeiter. und die gewerkschaften und die ps belgiens? gibt es nur die linken! ? und ich sage euch: nur dafür sind die immer da! aber wenn die situation schwierig wird, dann ist niemand da! an dem tag als die bullen kommen sollten, haben wir alle angerufen, damit sie mit uns im besetzten fabrikgelände kämpfen. nun gut, die linken waren da als alles vorbei war und wollten nur putz. wir aber nicht... zum minister gehen? einen minister einsperren? das nützt nichts. wir sind nur 17 und außer mit reden unterstützt uns niemand mehr. was man sollte! man sollte ihm eine bombe in die fresse..... nur um ihn zu verletzen. und wer macht das? he?.....

DHOFAR (ID/IPS)

OFFENSIVE GEGEN DAS FREIE DHOFAR

20. oktober

nach heftigen luftbombardements haben iranische interventionstruppen anfang oktober eine massive offensive gegen die befreiten gebiete dhofars im sultanat oman eingeleitet. das wurde von einem vertreter der volksfront für die befreiung omans und des arabischen golfes (fploga) mitgeteilt. die regierung omans suchte diese meldung mit dem hinweis darauf, daß "einige iranische einheiten" abgezogen worden seien, zu entschärfen. der schah von persien hat 1973 ein expeditiionskorps nach oman entsandt, das anfang dieses jahres die stärke von 11.000 mann erreichte. seither wurde es weiter vergrößert und übertrifft bereits zahlenmäßig die streitkräfte omans. die iranischen truppen sind ausgezeichnet ausgerüstet und verfügen über modernste flugzeuge, darunter phantom-maschinen. ein luftstützpunkt befindet sich an der grenze mit der volksrepublik südjemen.

ursprüngliches ziel der iranischen truppen war die kontrolle der straße, die dhofar mit oman und den nachbarländern (saudi-arabien und nordjemen) verbindet; aber das schlug auf grund des widerstandes der kräfte der befreiungsfront fehl. jetzt nach der ruhe, die durch die monsunregen aufgezwungen wurde, versuchen die iranischen truppen von neuem die befreiten gebiete zu zerstören und vor allem, sie voneinander zu isolieren. an der offensive nehmen auch einige hundert britische techniker, spezialisten und offiziere teil, die den omanischen streitkräften zugeteilt sind.

der bericht verweist darauf, daß der letzte kongress der fploga, der im juli stattfand, die strategie des politischen und artikulierten militärischen kampfes bestätigt hat, die auf der zusammenarbeit mit den befreiungskräften basiert, die in den anderen staaten des golfes (vor allem in bahrein, abu dabi, kuwait und nordjemen) - gegenwärtig nur auf politischer ebene - operieren.

der jetzige angriff der iranischen truppen ist der seit langem heftigste. er wurde durch flächenbombardements der befreiten gebiete aus der luft eingeleitet, die einen ganzen tag dauerten und in erster linie gegen die zivilbevölkerung, das vieh und die wasserplätze gerichtet waren, um das natürliche hinterland der kämpfer der befreiungsfront zu vernichten.

ERKLÄRUNGEN

9

ERKLÄRUNG 1

KOMITEE GEGEN FOLTER ZUR BESETZUNG DER ZENTRALE VON AMNESTY INTERNATIONAL (auszug)

heute, am 30. 10. 74, haben wir die zentrale der deutschen sektion von amnesty international in hamburg, beselerstr. 8, besetzt...

... die reaktion der justiz auf den seit 13. sept. laufenden hungerstreik ist: - verhungern-lassen der hungerstreikenden in west-berlin - permanente tortur durch zwangsernährung in west-deutschland - wasserentzug über drei tage bei ronald augustin - statt erfüllung der forderungen...

obwohl der deutschen sektion von amnesty international seit langem eine fülle von dokumenten über die isolationsfolter an den politischen gefangenen in der brd vorliegt, obwohl amnesty international soziale isolation und sensorische deprivation als foltermittel bezeichnet, obwohl es zahlreiche öffentliche proteste gegen diese folter im in- und ausland gibt, obwohl eine jetzt arbeitende untersuchungskommission der deutschen sektion in ihrem abschlussbericht für die zentrale von amnesty in london zu dem ergebnis gekommen ist, daß die behandlung der politischen gefangenen in deutschland gegen artikel 5 der menschenrechtskonvention ("kein mensch soll der folterung, sowie grausamer, unmenschlicher behandlung unterworfen werden.") verstößt, schweigt amnesty gegenüber der offenen vernichtung der politischen gefangenen durch justiz und verfolgungsbehörden.

wir fordern von amnesty international: sofortige öffentliche aufforderung an die verantwortlichen justizminister, richter, staats- und bundesanwälte, die forderung der hungerstreikenden nach aufhebung der sonderbehandlung, der vernichtungshaft zu erfüllen.
komitee gegen folter an politischen gefangenen in der brd, 2 hamburg 60, alsterdorfer str. 85, tel. 511 61 71.

ERKLÄRUNG 2

FRANKFURTER JUGENDRING ZUR RÄUMUNG DES BESETZTEN JUGENDHAUSES (siehe ID nr. 53 und 54)

der frankfurter jugendring hat mit empörung die gewaltsame räumung des hauses varrentrappstraße 38 zur kenntnis genommen. dieses haus, die ehemalige sozialstation bockenheim, steht seit zwei jahren leer. erst als bockenheimer jugendliche, die sich in der jugeninitiative bockenheim zusammengeschlossen haben, mit unterstützung des jugendamtes das haus als jugendzentrum forderten, besann sich der eigentümer, das schulamt der stadt frankfurt, auf eine mögliche nutzung des gebäudes. laufend wurden neue pläne erdacht und ebenso schnell wieder verworfen. offensichtlich war das schulamt nicht bereit, das leerstehende haus den jugendlichen als jugendzentrum in selbstverwaltung zu überlassen, obwohl es in bockenheim kein jugendhaus gibt.

nach 1 1/2 jahren verhandlungsversuchen kann man die besetzung des hauses varrentrappstraße nicht mehr als illegal oder gar kriminell bezeichnen. das verhalten der stadt frankfurt ist eindeutig gegen die legitimen interessen der bockenheimer jugendlichen gerichtet. die tatsache, daß oberbürgermeister und polizeipräsident ein schon zwei jahre leerstehendes haus räumen lassen, spricht dafür, daß die politische führung frankfurts ihren wahlkampf auf dem rücken der jugendlichen austragen will. in diesem zusammenhang sieht der frankfurter jugendring auch die äusserung rudi amdts, die jugendlichen benützten die jugendhausmisere nur als vorwand: politische verstümnisse der spd werden so auf die jugendlichen abgeschoben. wir halten es für unverantwortlich, durch falschmeldungen in der presse den eindruck zu erwecken, als sei die hausbesetzung ein provokationsversuch kommunistischer gruppen gewesen. wer die berechtigten forderungen der jugendlichen über 1 1/2 jahre ohne einsichtigen grund nicht erfüllt, darf sich nicht wundern, wenn sich kommunistische gruppen zu lautstarken wortführern gegen die städtischen institutionen aufschwingen. auch nach der hausbesetzung ist es eine unverantwortliche vereinfachung, die jib mit diesen gruppen in einen topf zu werfen und in bausch und bogen zu verdammern. deshalb sieht der frankfurter jugendring in der ankündigung rudi amdts, städtischen bediensteten, die sich an der besetzung beteiligt haben, fristlos zu kündigen und alle festgenommenen für die sachschnitten im haus verantwortlich zu machen, einen politischen disziplinierungsversuch, der in keiner weise geeignet ist, auf die berechtigten forderungen der jugendlichen zu reagieren.

der fjr erklärt sich solidarisch mit den bockenheimer jugendlichen und ihrer forderung nach einem selbstverwalteten jugendzentrum. er verurteilt aufs schärfste die gewaltsame unterdrückung der interessen der jugendlichen und kann die anschließenden auseinandersetzungen nur als die wut der ohnmächtigen interpretieren. der fjr fordert die stadt frankfurt auf, das haus varrentrappstraße unverzüglich den jugendlichen als jugendzentrum zu übergeben, die strafanzeigen gegen die festgenommenen zurückzuziehen und keine kündigungen im zusammenhang mit der besetzung auszusprechen.

der fjr wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, daß jugendpolitik an den interessen der jugendlichen und nicht an irgendwelchen parteiinteressen orientiert ist.

DOKUMENTATION

DOKUMENT 1

BULLEN-EI IN DER "93"

(bockenheimer landstr. 93 ist eines der letzten besetzten häuser in frankfurt)

22. oktober

morgens um 6.30 uhr werden im ganzen haus die wohnungen aufgebrochen. -du kommst in den flur, siehst den durchsuchungsbefehl, den neuen bedingungen entsprechend, lautet er nicht auf rauschgift (wie früher), sondern sprengstoff, versuch eines sprengstoff-attentates, kriminelle vereinigung. du guckst dir den hausdurchsuchungsbefehl an - wunderst dich über den angegebenen namen, tickst langsam wer es ist (insgesamt zwei leute im haus kennen ihn) und dann geht dir so langsam eine lichterkette auf,

welches faule ei die bullen gelegt haben.

dann wirst du abgeführt und auf dem polizeirevier vom finke begrüßt "na, haben wir euch endlich" und informiert, daß unsere kriminelle vereinigung zerschlagen worden ist. nach 'ner zeit kriegst du mit, daß insgesamt fünf leute verhaftet worden sind.

triffst eine genossin, von der man sich vorher im haus verabschiedet hat, bei den bullen wieder, und erfährst, daß sie, obwohl angeblich nur personalienfeststellung, ebenfalls verhaftet ist. die bullen haben also auch hier, wo sie angeblich todsicher waren, nur auf der ebene von - trennen, niemanden was wissen lassen - arbeiten können; sie haben versucht unsicherheit aufkommen zu lassen. dann wirst du erkennungsdienstlich behandelt und gefragt, ob du aussage machst oder nicht. hauptsache sie haben erst mal jemanden auf nummer sicher und zeit zum ermitteln. na ja, die ermittlungen bringen auch nach 40 stunden nichts, außer einem von bullen und spitzeln zusammengestottertem protokoll. und das, nachdem man also alles versucht hat, angefangen von verhinderung des kontaktes mit dem anwalt, bis zu 16 stunden. einzelzelle, nichts zu trinken, nichts zu essen, dann erst die haftprüfung, als von unserer seite keine reaktion (z.b. be- weisanträge zu stellen) mehr möglich war.

der hafrichter erklärt dir dann, warum man dich verknacken will.... und du tickst auf einmal, was da genau abläuft....

1. war da ein typ, der auf sozialurlaub aus dem knast kam.
2. drei tage war er sporadisch bei uns.
3. laut protokoll soll er gesehen haben, wie am 3. 10. im keller der 93 die bombe für shell gebaut worden ist; gehört haben, wo angeblich die bombe hintransportiert wurde und mitgekriegt haben, wer sie legen sollte.
4. du verstehst langsam, daß du wegen einer "zeugenaussage" im knast bist.

wie sieht die sache wirklich aus? schon am anfang ist er uns durch seine phrasendrescherei auf die nerven gegangen (z.b. wollte er alle anstaltsleiter hessens in ein haus stecken und sie zwingen, einen hungerstreik zu machen; er brauche aber auch kontakte zur raf). am 3. tag ist er mit der be- gründung "du gefährdest uns und das haus mit dem dummen geschwätz" rausgeschmissen worden.

heute nehmen wir an, daß er entweder angesetzt worden ist, und nichts liefern konnte, oder nachdem er wieder im knast war, ein protokoll von den bullen unterschrieben hat. dafür sprechen:

1. am 3. oktober ist im keller gehandwerkert worden, leider keine bomben, sondern es war nur eine lichtleitung des kellers zu reparieren.
2. es sind mit ihm gespräche geführt worden, nur waren die inhalte andere, als er angegeben hat.
3. durchsuchung in der nordendstr. 3. stock: die genossen, die es dort betraf, konnte er gar nicht kennen, ge- schweige denn ihre namen wissen.

da dieser typ bestimmte sachen und verbindungen bei uns nicht mitge- kriegt hat, kann er sie nur aus der quelle der bullen haben.

auf diese art und weise versucht die popo seit einem halben jahr (4 hausdurchsuchungen) uns und unser haus zu kriminalisieren, hand in hand mit der bürgerlichen presse meinungs- mache zu betreiben, um mit dem § 129 noch fahrlässiger umgehen zu können und halt nach der räumung der varrentrappstraße (siehe ID nr. 53, 54, 55; besetztes jugendzentrum = varrentrappstraße) weitere stimmungs- mache für eine auch bei uns bevorstehende räumung zu betreiben.

DOKUMENT 2

"DIE AUFRECHTERHALTUNG DER ÖFFENTLICHEN SICHERHEIT UND ORDNUNG"

unter diesem titel wird in der nr. 10/74 der "wehrkunde" über die auf- gaben der polizei im "inneren verteidigungsfall" berichtet. diese zeitschrift ist das organ der "gesellschaft für wehrkunde", einem verein höherer bundeswehrangehörigen und zivilisten, die für den militarismus werben. dabei ist auch in letzter zeit verstärkt an den kampf gegen innere feinde gedacht. in dem artikel heißt es:

"die aufgabengliederung der polizei in friedenszeiten dürfte sich im spannungs- und verteidigungsfall ausweiten, und das nicht zuletzt deshalb, weil zu den klassischen aufgaben neue polizeiliche tätigkeiten hinzutreten werden.

so ist z.b. eine geordnete führung der streitkräfte und der zivilen ver- waltung ohne die reibungslose funktion der staats- und regierungsgewalt gar nicht möglich. die polizei muß sich demzufolge darauf einstellen, zum "schutz des staates und seiner einrichtungen" die arbeitsweise der verfassungs- organe, der gerichte und der verwaltungsbehörden des bundes, der länder und der gemeinden zu gewährleisten - welche institutionell von der kampftaktik und -technik der terroristischen stadtguerilla besonders bedroht sein dürften.

zur frage der aufgabenstellung der polizeien der länder im allgemeinen und zu der aufrechterhaltung der öffentlichen sicherheit und ordnung im besonderen hat die "akademie für zivile verteidigung" in einer studie über "die erweiterung des katastrophenschutzes und seine bedeutung für die polizei" vermerkt, daß die polizei in krisenzeiten sowie im spannungs- und verteidigungsfall mit einer ausweitung be- stehender und der übernahme neuer, zusätzlicher aufgaben rechnen muß. die sicherheitsfrage würde sich dann außerordentlich verschärfen: "je nach der lage und seinen absichten wird der gegner im rahmen seiner personellen möglichkeiten in einem höchstmaß subversiv werden. unter berücksichtigung der jeweiligen gegebenheiten kann er z. b. propaganda und agitation betreiben, gerüchte verbreiten, drohen, erpressungsversuche unternehmen, irre- führen, demonstrationen veranstalten, streiks auslösen, verstärkt auf dem gebiet der spionage und der infiltration tätig sein, sabotage und terror verüben. ganz allgemein wird es das ziel des gegners sein, - die für die aufrecht- erhaltung der öffentlichen sicherheit und ordnung zuständigen organe zu schwächen und zu zermürben, - die re-

gierungstätigkeit zu beeinträchtigen, - die bevölkerung zu beunruhigen und - das herstellen der verteidigungsbe-
reitschaft nachhaltig zu stören."

zusammenfassend läßt sich der polizeiliche einsatz zur aufrechterhaltung der öffentlichen sicherheit und ordnung im rahmen der zivilen verteidigung beim spannungs- und verteidigungsfall unter hinweis auf die zitierten politischen festlegungen und taktischen vorausbeurteilungen generaliter dahingehend ausdeuten, daß die abwehrmaßnahmen gegen störungs-, unterwühlungs- und sabotageversuche oberste priorität im bunten reigen der dann vielschichtigen polizeilichen aufgaben haben werden. sie dürften auch deshalb unsere besondere beachtung und nachdrückliche bekämpfung erfordern, weil sich die krise in unserem geteilten land mit diametralen politischen systemen zwangsläufig zu ideologisiertem polit-terror mit brutalität und geiselnahmen ausdehnen wird.

auf grund der im polizeirecht manifestierten "generalklausel" gilt es, jenen zustand zu gewährleisten, der den staat und seine einrichtungen sowie die rechtsgüter des einzelnen und die der allgemeinheit vor drohenden schäden schützt. die polizei hat sich ganz allgemein in verstärktem umfang um den schutz der sicherheits- und ordnungsgüter zu kümmern.

gemeint ist damit zum einen die einsetzung der polizei auf grund der örtlichen katastrophenschutz-ordnungen und des erweiterten katastrophenschutz-gesetzes als "fachbereich öffentliche sicherheit und ordnung" und zum anderen ihre strafprozessuale pflicht zur erforschung von strafbaren handlungen. dieser den beamten und behörden des polizeidienstes auferlegte verfolgungszwang wird im spannungs- und verteidigungsfall an eine ganz bestimmte kategorie von kriminalität heranzuführen, welche uns heute nur im peripheren bereich des strafrechts gegenwärtig ist. mit der subversiven tätigkeit und mit dem untergrundkampf der guerilla werden spezielle deliktsformen in erscheinung treten, von denen nachfolgend einige aufgeführt sein sollen: - hochverrat gegen den bund - hochverrat gegen ein land - vorbereitung eines hochverräterischen unternehmens - zuwiderhandlungen gegen entscheidungen des bundesverfassungsgerichts - verstoß gegen ein vereinigungsverbot - sabotagevorbereitungen - verfassungsfeindliche sabotage - nötigung von verfassungsorganen - kriminelle vereinigungen - beschädigung öffentlicher sachen - zerstörung von bauwerken - gefährdung durch explosion - vorbereitung eines sprengstoffdelikts - störung der öffentlichen betriebe - beschädigung von wasserbauten - brunnenvergiftung - ferner die damit in engem zusammenhang stehenden deliktseinheiten von - hausfriedensbruch - widerstand gegen die staatsgewalt - allgemeine tötungsdelikte - allgemeine freiheitsberaubung - nötigung - bedrohung - sachbeschädigung.

alle aufgeführten deliktseinheiten sind im sinne des strafrechts verbrechen oder vergehen. bei der durchführung von polizeirechtlichen tätigkeiten soll darauf hingewiesen werden, daß die polizei im spannungs- und verteidigungsfall von sich aus - und ohne einschaltung der zuständigen ordnungsbehörden - selbständig alle maßnahmen treffen kann, weil in einer derartigen lage die dafür erforderliche voraussetzung der notwendigkeit und unaufschiebbarkeit erfüllt ist. das bedeutet die freistellung von zeitaufwendigen rückfragen zustimmungen und formalismen - und damit die gewähr für ein situationsschnelles und zeitgerechtes polizeiliches handeln.

neben der anwendung von zwangsmitteln gegenüber nichtkombattanten dürften folgende einzelmaßnahmen bei der aufrechterhaltung der öffentlichen sicherheit und ordnung gravierend in betracht kommen: die personalienfeststellung, die erkennungsdienstlichen maßnahmen, die ingewahrsamnahme von personen, die durchsuchung von personen, die sicherstellung von gegenständen,

alle diese polizeilichen tätigkeiten sind eingriffe in die körperliche integrität des einzelnen. sie stehen unter dem "vorbehalt des gesetzes" und dürfen auch im falle der zivilen verteidigung nur angewendet werden, wenn sich die polizei auf eine ermächtigungsgrundlage und auf ein förmliches gesetz als rechtsquelle berufen kann.

DOKUMENT 3

INTERVIEW MIT EINEM SOLDATEN AUS DER FRANZÖSISCHEN KASERNE IN TÜBINGEN (siehe ID nr. 51, 52 und diese ausgabe)

interview mit einem soldaten aus der franz. kaseme in tübingen:

fr.: sind die flugblätter, die zum "tag der offenen tür" vor der kaseme verteilt wurden, in der kaseme als beleidigung empfunden worden?

a.: ja und nein!

ja, denn die offiziere an den eingängen nahmen den besuchern die flugblätter aus der hand. in der woche danach wurde uns während eines appells mitgeteilt, das flugblatt sei kriminell und man werde anzeige erstatten wegen beleidigung der frz. armee. nein, denn die mehrzahl der wehrpflichtigen hat sich gefreut, daß sie von deutschen unterstützt wurden. euer flugblatt zirkulierte in der kaseme und wurde unter der hand weitergegeben. das wort "crevure" wird von uns selbst statt "officier" gebraucht, wenn wir unter uns sind. es gehört zum tagtäglichen militärrargon wie "bidasse" an stelle von soldat.

fr.: was bedeutet "crevure" wörtlich übersetzt?

a.: "crevure" kommt von crever, d. h. so viel wie verrecken, krepieren. dieser ausdruck wird aber nicht deshalb gebraucht, weil sie etwa krepieren; nein, weil sie uns krepieren lassen. denken sie an die beiden weltkriege, den indochinakrieg, den krieg in algerien: sie geben die befehle, wir sterben. doch das ist nicht der einzige grund; offiziell wird den offizieren ein menschenverlust von 7 % zugestanden.

fr.: wie kommt diese hohe ziffer zustande? denn sie liegt höher als z.b. in der bundeswehr.

a.: jeder französische soldat muß einmal während seines militärdienstes einen 1 bis 2-wöchentlichen kurs in den "centre d'entraînement commando" mitmachen. in diesen zentren wird von uns das äußerste an körperlicher anstrengung verlangt. mit nahezu faschistischer ideologie wird man zu blindem gehorsam gezwungen. erinnern sie sich an margival (ebenfalls ein solches zentrum): beim durchmarschieren eines tunnels in der nacht wurde das betreffende bataillon von einem zug überrascht: 8 tote und mehrere verletzte. dieser unfall ist kein einzelfall: man marschiert schon tagelang ohne ausreichende ernährung. man ist am ende seiner physischen kräfte. dann benutzt man einen tunnel, um den weg abzukürzen.

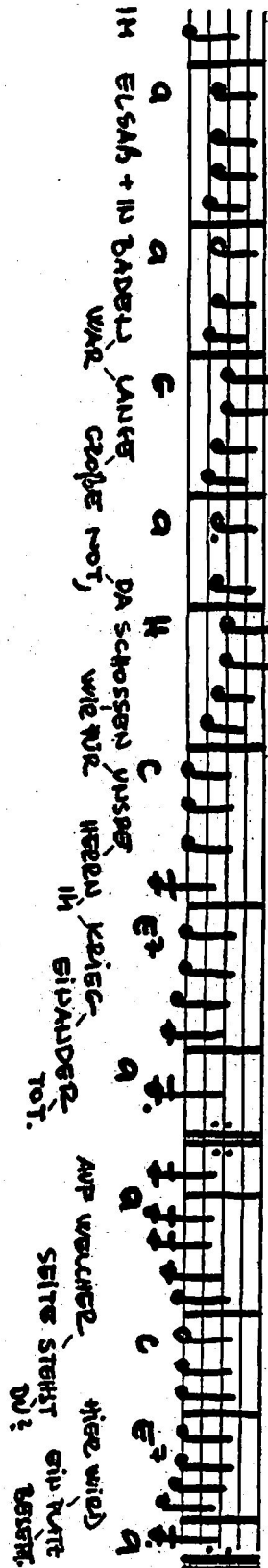
fr.: wieso unterhält die französische armee immer noch kasernen in der brd?

a.: ich glaube, die brd hat in der nato eine ganz besondere funktion: im falle eines konfliktes zwischen warschauer pakt und nato dient sie als pufferstaat. sehen sie einmal, die größten atombasen europas befinden sich in der brd. sie werden wohl das erste angriffsziel der sowjets sein, da diese für sie am gefährlichsten, am nächsten sind. neuerdings rüstet die franz. armee den panzer amx 30 mit den raketen "pluton (mit atomsprengköpfen) aus. diese sollen in horb stationiert werden. diese raketen reichen nur 150 km weit, d. h. sie treffen den feind auf deutschem gebiet.

DOKUMENT 4

DIE WACHT AM RHEIN (lied aus marckolsheim, s. ID nr. 46, 50-54)

- 1 im elsaß und in baden
war lange große not
da schossen wir für unsere herren
im krieg einander tot.
jetzt kämpfen wir für uns selber
in wyl und marckolsheim
wir halten hier gemeinsam
eine andere wacht am rhein.
auf welcher seite stehst du? he!
hier wird ein platz besetzt.
hier schützen wir uns vor dem dreck
nicht morgen, sondern j e t z t !
- 2 herr rosenthal hat einen plan,
der uns gar nicht gefällt.
dem rosenthal ist das egal,
den interessiert nur geld.
uns aber interessieren
der fluß, der wald, das feld
und unsere gesundheit
kauft uns keiner ab für geld.
- 3 wer will den bleiverseuchten wein,
blei-milch, blei-hecht, blei-aal?
wer ißt ein rindersteak mit blei?
vielleicht herr rosenthal?
aber nein, der hält sich sehr gesund
sauber und elegant -
bloß seinen cwm-mülleimer
stellt er in unser land.
- 4 zu straßburg auf der schanz
residiert der herr präfekt,
der hat bei der chemie-industrie
das große geld geleckert.
sicurani, securani
du hast uns angeschmiert!
aber paß bloß auf: das elsaß
hast du nicht kolonialisiert.
- 5 am zwanzigsten september
da wars schon höchste zeit,
da machten wir uns auf dem platz
von cwm schön breit.
und als er uns behindert hat,
sicurani, der wicht,
da machten wir die grenze
auf den brücken schnell mal dicht.
- 6 am limberg über s a s b a c h
da wächst ein roter wein.
der schmeckt nicht schlecht, das ist uns recht
so solls auch weiter sein.
am anfang waren drei erst wach
jetzt wacht der ganze ort
die schieben mit traktoren
jeden rosenthal hier fort.



- 7 in endingen ist die rebumlegung
endlich geschafft,
aber nicht dafür, daß rosenthal
seinen bleistaub rüberpafft.
drum hört den apotheker,
der laut und deutlich spricht:
es gibt für vieles medizin,
doch für bleivergiftung nicht.
- 8 in weis weil im gemeindehaus
da fing der kampf mal an,
da wird nicht nur gebetet,
da wird auch was getan.
und in die "fischerinsel"
passen ein und zwanzig rein,
da haben wir beschlossen:
kkw + bleiwerk: nein!
- 9 es schlafen einige sehr schlecht
in wyhl, in wyhl, der stadt,
weil dort der bürgermeister
uns glatt verschaukelt hat.
jetzt sitzt er mit pistole
in seinem judas-haus
und denkt: "hätt ichs doch nicht getan,
bald ist es mit mir aus!"
- 10 in mackenheim, in mackenheim
da kommt es knüppeldick:
da steht ein großer galgen
dran hängen sieben strick.
darunter steht betreten
der halbe gemeinderat,
der schon in bayers schlinge
den blöden schädel tat.
- 11 nach riegel fahren viele
auf arbeit überm rhein,
die sagen: "wenn das bleiwerk kommt,
fall ich als erster rein,
was nützt mir so ein arbeitsplatz,
an dem ich bald verreck?
herr rosenthal, hau ab, du sack,
geh weg mit deinem dreck!"
- 12 und kommt der staatsanwalt
und kommt die blaue polizei
und kommen sie im morgengraun -
uns ist das einerlei.
wir sind uns nämlich einig
und werden täglich mehr,
und wenn wir uns mal einig sind,
dann sind wir immer mehr!
- 13 und wenn sie uns auch sagen,
die erste bürgerpflicht
wär ruh auf treu und glauben,
wir glauben ihnen nicht.
der glaube hatte nichts genützt
in stolberg und nordenham,
wir haben nicht vergessen
ddt und contergan.
- 14 im elsaß und in baden ... (s.o.)

anmerkungen zum lied

- 1) wach am rhein: nationalistisches lied aus dem repertoire deutscher männergesangsvereine "es braust ein ruf wie donnerhall ...", text 1840, musik 1854, aufruf, den "deutschen rhein" gegen den französischen erbeind zu verteidigen. den begriff "wacht am rhein" hat zum ersten mal ein transparent auf dem besetzten platz umgedreht, d.h. mit einer nützlichen bedeutung versehen: deutsche und franzosen gemeinsam: die wacht am rhein.
- 2) dr. christian rosenthal, mehrheitsaktionär und generaldirektor der chemischen werke münchen (cwm) über die badisch-elsässische bevölkerung, die seinen bauplatz besetzt hält: "leute, die besoffen gaudi machen ..."
- 3) transparent auf dem platz: alsace - poubelle d' europe (elsaß - abfalleimer europas). 1971 schon proklamierte claude cheysson, chemie- und bergbau-manager die "chemische berufung" des elsaß ...
- 4) jean securani, präfekt für das elsaß, ehemaliger kolonial-gouverneur in polynesien, gab hinter dem rücken der betroffenen bevölkerung den chemie-industriellen grünes licht.
- 5) 20.9.1974 beginn der bauplatzbesetzung. 26.9.: einreiseverbot für badische demonstranten in marckolsheim und breisach. daraufhin werden die grenzbrücken für stunden vollständig blockiert.
- 6) sasbach, winzergemeinde direkt am rhein. unmittelbar betroffen von der bleifabrik. mit der bauplatzbesetzung beginnt dort die größte mobilisierung der bevölkerung gegen cwm. vorher nur 3 aktive: ein winzer, ein angestellter, ein förster.
- 7) in endingen wurden umfangreiche und subventionierte rebumlegungen gerade abgeschlossen, neue terrassierung, um die anbauflächen zu verbessern. der apotheker, gleichzeitig winzer und lebensmittel-chemiker ist seit jahren einer der aktivsten gegener des kkw's, dann auch der cwm.
- 8) weisweil ist seit mai 73 zentrum der bewegung gegen das kkw, der evangelische pfarrer spielt dabei eine wichtige rolle. im gasthaus "fischerinsel" beschlossen am 25. august 74 die 21 badisch-elsässischen bürgerinitiativen die bauplatzbesetzungen.
- 9) der bürgermeister von wyhl, karriere-politiker, bot dem badenwerk gemeindeland für das kkw an. sein gerade neu gebautes haus wird im ort als "judas-haus" bezeichnet. die geschichte mit der pistole trug

sich während einer demonstration zu. vor seinem haus wurde ein sarg mit der aufschrift "demokratie" abgesetzt. das haus wurde von polizei bewacht, der bürgermeister saß drinnen hinter verdunkelten fenstern...

- 10) in dem elsässischen ort mackenheim, nördlich von markolsheim, beschloß der gemeinderat mit 7 gegen 6 stimmen den verkauf eines gemeindewaldes an b a y e r. am nächsten tag stand ein galgen mit 7 schlingen im dorf ...
- 11) am 6. oktober solidarisierte sich auf dem platz während einer kundgebung ein vertreter von 18 000 elsässischen grenzgängern mit der bauplatzbesetzung.
- 13) der hinweis auf c o n t e r g a n stammt aus einem flugblatt, das 40 frauen aus den dörfern des nördlichen kaiserstuhls verfaßten und am 12./13. oktober in 14 ortschaften verteilten.

DOKUMENT 5

VERFOLGTE SOZIOLOGEN IN UNGARN

am 23. oktober wurden die ungarischen soziologen györgy konrad, istván szelenyi und der dichter und all-round künstler támas szentjóbó in budapest verhaftet. szentjóbó wurde nach zwei tagen, die beiden soziologen nach vier tagen freigelassen. besonders kritisch ist die lage von konrad, dem wiederholte illegale weitergabe von manuskripten in den westen vorgeworfen wird. (siehe auch spiegel nr. 44).

der lyriker szentjóbó, der wegen seiner künstlerischen tätigkeit bereits in psychiatrischer zwangsbehandlung war, wurde wegen seiner freundschaftlichen beziehungen zu den beiden soziologen in die verfolgung einbezogen, wie schon bei dem verfahren gegen den relegierten soziologiestudenten miklós haraszti ("stücklohn" - ein erfahrungsbericht aus einer traktorenfabrik: "dann sagte der betriebsrat zu uns: merkt euch eins, man kann seine eltern und seine vorgesetzten nicht selbst auswählen.")

szelenyi und konrad, die nur lockere verbindung zu dem bereits seit jahren verfolgten kreis der sogenannten "lukács-schüler" (heller, markus, vajdy, hegedüs, bíró) - regelmäßige hausdurchsuchungen, beschaffungen und ähnliches - hatten, befassten sich gemeinsam unter anderem mit dem wohnungsproblem, einem der schwerwiegendsten gesellschaftlichen probleme in ungar. sie veröffentlichten 1969 eine untersuchung über die probleme der neuen wohnsiedlungen und behandelten die frage in mehreren zeitungsartikeln. einer dieser artikel trug die überschrift: "die soziologischen fragen der wohnungsverteilung". dazu ist wichtig zu wissen, daß es gegenwärtig in ungar hauptsächlich zwei wohnungstypen gibt: die von der gemeinde oder dem staat "erteilte" wohnung, meistens neubau mit günstigen mieten, etwa unseren "sozialwohnungen" entsprechend. der andere wohnungstyp ist der der selbst-finanzierten wohnungen, der sich von unseren "frei finanzierten" wohnungen darin unterscheidet, daß er dem eigenen gebrauch dient und seine gewerbsmäßige vermietung nicht erlaubt ist. im folgenden drucken wir die folgerungen der untersuchungen von szelenyi und konrad über die wohnungsverteilung in ungar ab.

"unsere untersuchung zeigt, daß die behördliche verteilung von wohnungen systematisch die gesellschaftlichen gruppen mit höherem einkommen bevorzugt. kostenlos erteilte, komfortable, billige staatliche wohnungen werden gruppen mit höherem einkommen in relativ viel größerem maße zugeteilt als gruppen mit niedrigem einkommen. die letzteren werden, wollen sie ihre schlechten wohnverhältnisse ändern, zum kauf oder eigenbau gezwungen. wenn sie an staatliche wohnungen herankommen, so meistens nur über "stufenweisen" wohnungstausch.

innerhalb des kreises der familien, die zu ihren wohnungen aus eigener kraft gekommen sind, mußten die besser gestellten viel weniger für bessere wohnungen ausgeben als familien aus der untersten schicht für schlechtere wohnungen. dies erklärt sich einerseits aus diskriminierenden kreditbedingungen, andererseits aus der tatsache, daß die mehrverdiener ihre vorherigen besseren wohnungen in kapital umwandeln konnten.

infolge der zwei soziologischen modelle der wohnungsverteilung - behördliche und marktwirtschaftliche -, bzw. infolge der sich zwischen ihnen abspielenden gesellschaftlichen bewegungen hat sich die entfernung zwischen den qualitativ-quantitativen merkmale der wohnverhältnisse von den oberen und unteren berufsgruppen vergrößert, die schere hat sich erweitert. mit anderen wörtern: die verteilung des wohnbestandes unter den gesellschaftlichen randschichten wurde innerhalb der alle schichten einbeziehenden allgemeinen verbesserung immer ungleicher. die deutung der ergebnisse unserer untersuchung deckt sich mit unseren früheren untersuchungen von neubausiedlungen, aber sie entspricht auch dem mehr oder weniger übereinstimmenden folgerungen zahlreicher wohnungspolitischer studien, wonach das behördliche system der wohnungsverteilung die gesellschaftspolitischen zielsetzungen, in deren dienst es wirken sollte, nicht erfüllt hat. in diesem modell vermischen sich die organisatorischen formen und gesichtspunkte der sozialen wohnungsverteilung und die gesichtspunkte der lohnausgleichenden belohnenden wohnungsverteilung in einer weise, in der schichten mit höherem einkommen regelmäßig in den genuß von billigeren und wertvolleren wohnungen kommen. wir können also das behördliche system der wohnungsverteilung in seiner gegenwärtigen form aus gesellschaftspolitischen gründen als disfunktionierend bezeichnen."

1. november: inzwischen haben die drei ungarischen intellektuellen ihre absicht erklärt, aus ungar zu emigrieren, nachdem sie unter androhung von repressalien (prozeß, erneute verhaftung) ultimativ aufgefordert wurden, das land zu verlassen.

(die internationale presseschau und das wiener tagebuch bringen in ihren nächsten ausgaben detaillierte informationen über die ereignisse in ungar. wiener tagebuch: wien, belvederegasse 10)